



Netzwerk für den Dialog zwischen
Wissenschaft und Politik

future
wissenschaft & politik

Newsmail November 2016

Sehr geehrte Damen und Herren

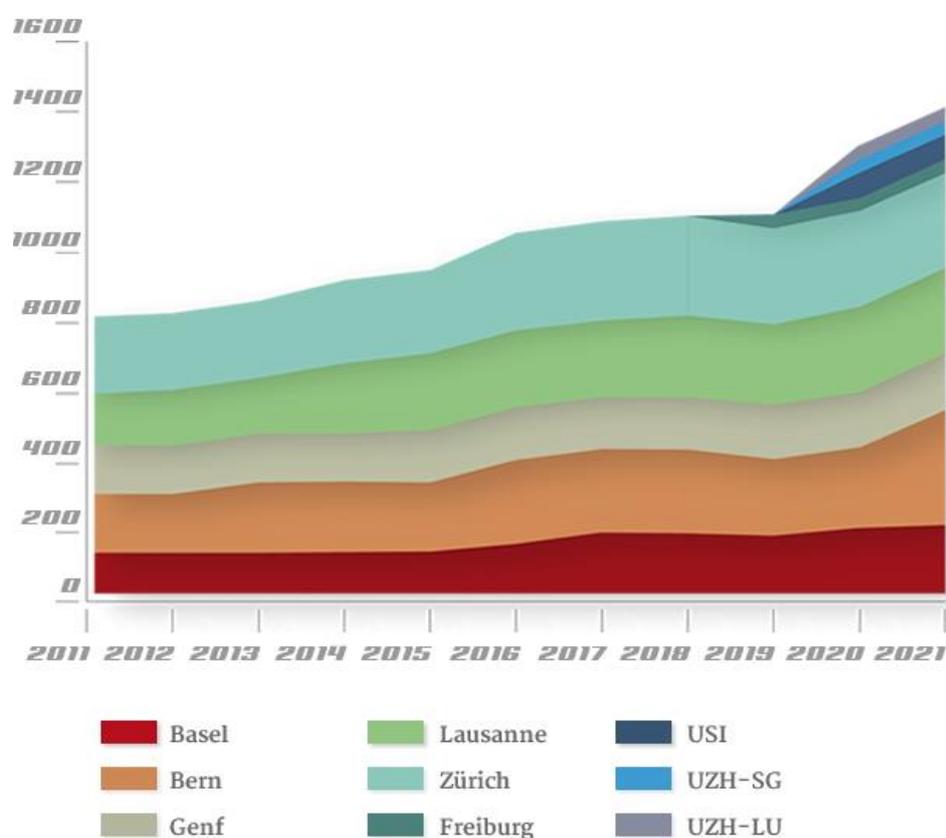
Zu Beginn der Wintersession haben die eidgenössischen Räte ihre Grundsatzentscheide zur Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den kommenden vier Jahren bestätigt. Nach dem Ständerat stimmte nun auch der Nationalrat einer Reduktion des BFI-Sparanteils im Stabilisierungsprogramm 2017-2019 zu. Weil das Parlament die Finanzmittel in der BFI-Botschaft 2017-2020 punktuell erhöht hat, wurde der Umfang der Sparmassnahmen im BFI-Bereich nun folgerichtig entsprechend nach unten korrigiert. Auch das Budget 2017 gilt es bis zum Ende der Wintersession noch anzupassen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und eine schöne Adventszeit.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

FACTS & FIGURES

Entwicklung der Aufnahmekapazität in Humanmedizin auf Masterstufe



Quelle: SHK

Humanmedizin: über 1'400 Studierende im ersten Masterjahr bis im Jahr 2021

Bis im Jahr 2021 wollen die Schweizer Universitäten ihre Kapazitäten in Humanmedizin auf Masterstufe auf über 1'400 Studienplätze ausbauen. Dazu erhöhen die medizinischen Fakultäten in Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich die Anzahl Studienplätze. Andere Universitäten richten neue Masterstudiengänge ein: Die Universität Freiburg ergänzt ihr bestehendes Bachelorprogramm ab 2019 mit einem Master für 40 angehende Ärztinnen und Ärzte. Ebenfalls je 40 Masterplätze entstehen ab 2020 durch Zusammenarbeiten der Universität Zürich mit den Universitäten St. Gallen (UZH-SG) und Luzern (UZH-LU). Weitere 70 Bachelorabsolventen werden ab 2020 ihren Abschluss an der Università della Svizzera italiana (USI) machen können. Gemäss der **Schweizerischen Hochschulkonferenz** ermöglichen es diese Massnahmen, die Abschlusszahlen in Humanmedizin bis im Jahr 2025 auf jährlich 1'350 zu erhöhen.

NEUIGKEITEN DES MONATS

Zuwanderung

Ständerat stimmt Kommissionsmehrheit zu

01.12.2016

Mit 26 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung sprach sich die Mehrheit des Ständerats für eine Umsetzung des Verfassungsartikels 121a über die Zuwanderung aus, welche mit der Personenfreizügigkeit vereinbar ist. Die kleine Kammer unterstützt das Konzept ihrer Staatspolitischen Kommission (SPK-S), das auf einem Inländervorrang basiert und bei Neubesetzungen von Stellen in bestimmten Branchen Anhörungs- und Begründungspflichten einführen will. Das Konzept weicht von der im Nationalrat entschiedenen Regelung ab. Die grosse Kammer wird in der zweiten Sessionswoche erneut über die Steuerung der Zuwanderung beraten.



Budget 2017

Rückweisung durch den Nationalrat

01.12.2016

Mit 113 zu 77 Stimmen lehnte der Nationalrat in der Gesamtabstimmung den Entwurf des Bundesbudgets für das Jahr 2017 ab; das entspricht einer Rückweisung. Dabei haben sich Stimmen für zusätzliche Kürzungen und Stimmen für geringere Sparmassnahmen kumuliert. In der Detailberatung unterstützte eine Mehrheit die Aufstockungen, welche in der BFI-Botschaft 2017-2020 beschlossen und im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes bereits bestätigt wurden. Als Nächstes wird der Ständerat den Voranschlag 2017 beraten.



Budget 2017

Im Einklang mit BFI-Botschaft

30.11.2016

Die Mehrheit der Nationalrätinnen und Nationalräte bestätigte im Voranschlag für das Jahr 2017 die zusätzlichen Mittel für Bildung, Forschung und Innovation (BFI), welche das Parlament in der Herbstsession mit der BFI-Botschaft 2017-2020 beschlossen hatte. Im kommenden Jahr sollen der ETH-Bereich zusätzliche 40 Mio. Franken und die Universitäten zusätzliche 14 Mio. Franken erhalten; die Mittel für die Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen sollen um je 10 Mio. aufgestockt werden.



Stabilisierungsprogramm 2017-2019

Nationalrat senkt BFI-Sparanteil

29.11.2016

Mit 120 zu 67 Stimmen sprach sich der Nationalrat dafür aus, die Sparmassnahmen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2017-2019 an die aufgestockte BFI-Botschaft 2017-2020 anzupassen. Damit folgt die grosse Kammer dem Ständerat, der den BFI-Anteil am Stabilisierungsprogramm 2017-2019 bereits in der Herbstsession entsprechend reduziert hatte. Die Hochschulen und Forschungsinstitutionen müssen in den Jahren 2017-2019 nun noch 196 Mio. Franken anstatt der vom Bundesrat geplanten 485 Mio. einsparen.



HFKG

Neue Verordnung verabschiedet

23.11.2016

Der Bundesrat verabschiedete die revidierte Verordnung über die Ausführungsbestimmungen des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG). Die neue Verordnung legt einheitliche Grundsätze für die Finanzierung von kantonalen Universitäten und Fachhochschulen durch den Bund fest. Die neuen Bestimmungen treten per 1. Januar 2017 in Kraft.



Gentechnikgesetz

WBK-N fordert unbefristetes Moratorium

18.11.2016

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) sprach sich in der Beratung der Änderung des Gentechnikgesetzes mit 13 zu 9 Stimmen für ein unbefristetes Gentech-Moratorium aus. Dies im Gegensatz zum Bundesrat, der vorschlägt, das Ende 2017 auslaufende Anbauverbot von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) um vier Jahre zu verlängern. Mit 18 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen sprach sich die WBK-N zudem gegen das Konzept des Bundesrates aus, gemäss dem nach Ablauf des Moratoriums in der Schweiz konzentrierte GVO-Anbauggebiete geschaffen werden sollen.



Budget 2017

FK-S stützt beschlossene Mittelerhöhung

18.11.2016

Die Finanzkommission des Ständerates (FK-S) bestätigt im Voranschlag für das Jahr 2017 die Erhöhung der finanziellen Mittel, welche die eidgenössischen Räte im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2017-2020 beschlossen hatten. Die FK-S beantragt entsprechend, die Kredite für Hochschulen und Forschungsinstitutionen um insgesamt 74 Millionen Franken aufzustocken.



KTI

Overheadbeiträge einheitlich erstatten

16.11.2016

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) erstattet ab 1. Januar 2017 die indirekten Kosten von geförderten Projekten einheitlich. Mit dem neuen Vorgehen werden künftig alle unterstützten Forschungsstätten gleich behandelt. Die sogenannten Overheadbeiträge decken die Kosten, die neben den Lohnkosten der Forschenden anfallen. In der Herbstsession hatte das Parlament die entsprechenden finanziellen Mittel für die Jahre 2017-2020 bereits genehmigt.



Klinische Forschung

Mit Roadmap den Nachwuchs stärken

15.11.2016

Der Nachwuchs in der klinischen Forschung wird künftig gezielt mit verschiedenen Massnahmen gefördert. Junge Ärztinnen und Ärzte sollen von einheitlicheren Aus- und Weiterbildungsangeboten sowie besseren Karrieremöglichkeiten profitieren. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundesamtes für Gesundheit erarbeitete dazu eine Roadmap. Klinische Forschung verbindet die medizinische Arbeit im Labor mit Anwendungen am Patienten.



Budget 2017

FK-N bestätigt BFI-Botschaft

11.11.2016

Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-N) beantragt ihrem Rat, das Bundesbudget 2017 an die Beschlüsse zur BFI-Botschaft und zum Stabilisierungsprogramm 2017-2019 anzupassen. Demnach sollen die finanziellen Mittel für den ETH-Bereich im Jahr 2017 um 40 Millionen Franken aufgestockt werden. Die Beiträge für die universitären Hochschulen sollen um 14 Mio., jene für die Fachhochschulen um 10 Mio. und die Mittel für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung um 10 Mio. Franken erhöht werden.



KTI

Engere Zusammenarbeit mit Liechtenstein

11.11.2016

Die Schweiz und Liechtenstein wollen künftig in der Innovationsförderung enger zusammenarbeiten. Die beiden Regierungen unterzeichneten eine Vereinbarung, in der eine erweiterte Leistung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) vorgesehen ist. Die KTI soll künftig gegen Entschädigung Projekte aus Liechtenstein evaluieren und begleiten. Geeignete Partner für Innovationsprojekte sollen unabhängig ihrer Herkunft zusammenarbeiten können.



EHB

Strategische Ziele 2017-2020

09.11.2016

Der Bundesrat verabschiedete die Ziele für das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) in den Jahren 2017-2020. Das EHB soll weiterhin die Funktion einer Expertenorganisation für die Berufsbildung wahrnehmen, den Dialog mit der Gesellschaft führen sowie zur Weiterentwicklung der Berufsbildung beitragen. Im Weiteren beauftragt der Bundesrat das EHB, seine Position in der Schweizer Hochschullandschaft zu festigen und sich institutionell akkreditieren zu lassen.



Durchlässigkeit

Mit Fachmaturität an die Uni

09.11.2016

Ab 2017 wird es möglich sein, mit einer Fachmaturität und einer erfolgreich absolvierten Ergänzungsprüfung an universitären Hochschulen zu studieren. Für Inhaberinnen und Inhaber einer Fachmaturität gelten damit die gleichen Voraussetzungen wie für Absolventen einer Berufsmaturität. Der Bundesrat beschloss eine entsprechende Verordnungsänderung. Zuvor hatten die Kantone bereits das interkantonale Recht angepasst.



Zuwanderung

SPK-S will Unternehmen in die Pflicht nehmen

07.11.2016

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) beriet über die Umsetzung des Verfassungsartikels 121a über die Zuwanderung. Mit 7 zu 6 Stimmen sprach sich die Mehrheit für ein Konzept aus, das die Unternehmen vermehrt in die Pflicht nimmt. Diese sollen offene Stellen bei den Arbeitsämtern melden und geeignete inländische Stellensuchende zu einem Bewerbungsgespräch einladen müssen. Absagen sind den Behörden schriftlich zu begründen. Das Konzept basiert auf dem Inländervorrang, dem der Nationalrat bereits zugestimmt hatte, und respektiert die Personenfreizügigkeit mit der EU. Die beiden Räte entscheiden in der Wintersession über die Vorlage.



AGENDA

15.12.2016 | Universität Basel

➤ **swissnexDay'16: The Future of Ageing**

12.-13.01.2017 | Bern

➤ **Sitzung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S)**

13.01.2017 | Bern

➤ **Fachkonferenz des Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK)**

19.-20.01.2017 | Bern

➤ **Sitzung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N)**

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

1. Dezember 2016
